



MENTAL HEALTH EUROPE



MENTAL HEALTH EUROPE

Boulevard Clovis 7, B-1000 Brussels

Tel + 32 2 280 04 68

Fax + 32 2 280 16 04

E-Mail: info@mhe-sme.org

Website: <http://www.mhe-sme.org>

NEWSLETTER NR. 6/2010

JUNI 2010

Dieser Newsletter wird mit der Unterstützung von PROGRESS, dem EU-Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007-2013), veröffentlicht. Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen spiegeln nicht unbedingt den Standpunkt oder die Auffassung der europäischen Kommission wider. Die Kommission haftet keinesfalls für den möglichen Gebrauch der in diesem Newsletter enthaltenen Informationen. Mental Health Europe ist die EU-Verbindungsstelle für die Förderung der psychischen Gesundheit.

ÜBERSICHT

I. MENTAL HEALTH EUROPE	2
II. EU-INSTITUTIONEN UND ANDERE GREMIEN	5
III. EUROPÄISCHES JAHR ZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG	6

Einmal mehr hatten wir einen sehr arbeitsreichen Monat, was insbesondere für die letzten Tage gilt.

Wir wohnten der Fachkonferenz der EU-Kommission zum Thema "Psychische Gesundheit von Senioren" in Madrid bei. Diesbezüglich finden Sie weitere Informationen in diesem Newsletter. Bei der letzten Podiumsdebatte vor dem Abschluss der Konferenz wurden nicht aus dem Bereich der psychischen Gesundheit stammende Akteure, wie *Age Platform Europe*, der ständige Ausschuss der europäischen Ärzte, der Ausschuss für Sozialschutz und andere, aufgefordert zu erläutern, wie sie die Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz fördern werden. Wir freuen uns bereits jetzt auf den vollständigen Bericht.

Wir besuchten die halbjährliche Zusammenkunft der Mitglieder der Sozialplattform mit den EU-Kommissaren Andor und Reding, bei der wir die Gelegenheit nutzten, die Aufmerksamkeit auf anfällige Gruppen wie Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen zu lenken.

Und schließlich waren wir auch bei der "9. Zusammenkunft von Menschen, die Armut erfahren" vertreten. Eines der Workshop-Themen betraf den Zusammenhang zwischen Armut und psychischen Gesundheitsproblemen.

Das bringt uns zur MHE-Konferenz 2010 zum Thema "Gegen Armut vorgehen – Hoffnung schaffen. Den Teufelskreis aus Armut und psychischen Gesundheitsproblemen durchbrechen" (Brüssel, 22. – 23. Oktober). Die Vorbereitungen laufen gut, und die Website zur Konferenz mit dem Anmeldeformular wird in Kürze online abrufbar sein. Das Hauptreferat hält Christopher Prinz, ein leitender politischer Analyst in der OECD-Abteilung für Beschäftigungsanalyse und -politik. Derzeit leitet er das Team, das an der neuen Publikation mit dem Titel *Challenges for labour market inclusion of people with mental health problems* arbeitet (zu deutsch: Herausforderungen für die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen). Die OECD ist die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Am Ende des ersten Konferenztages, am Freitag, den 22. Oktober, wird MHE sein 25-jähriges Jubiläum feiern.

Die Vorbereitung für das Mitgliederseminar am 21. Oktober im Vorfeld der Konferenz läuft ebenfalls auf Hochtouren. Morgens gibt es eine Arbeitsrunde zum Thema "Das Empowerment von Fachkräften der psychischen Gesundheit und die Einbindung von Empfängern psychischer Gesundheitsleistungen in diesen Prozess". Der Nachmittag ist Lobbystrategien im psychischen Gesundheitssektor gewidmet. Dem Seminar folgt die jährliche Generalversammlung von MHE.

DATEN BITTE IM TERMINKALENDER VORMERKEN UND SICHERSTELLEN, DASS SIE DABEI SIND, UM MIT UNS ZU FEIERN.

Mary Van Dievel, Direktorin

I. MENTAL HEALTH EUROPE

MHE NEUIGKEITEN UND POLITISCHE ARBEIT

Schreiben von MHE an Staats- und Regierungschefs zum Ziel der Reduzierung von Armut und zur Behinderung

Vor dem Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am 17. Juni 2010 sandte Mental Health Europe ein Schreiben an alle EU-Entscheidungsträger mit dem Appell, ein verbindliches Ziel der Armutsreduzierung zu verabschieden und die Dimension der Behinderungspolitik in der Gesamtstrategie zu stärken.

MHE betonte, dass Armut und soziale Ausgrenzung einer Verletzung der Menschenwürde sowie der Grundrechte gleichkommen und in der Europäischen Union nicht toleriert werden sollten. Darüber hinaus appellierte MHE an die EU-Entscheidungsträger, den Vorschlag der EU-Kommission zu verabschieden, wonach der Armutsindikator auf 60 % des Medianeinkommens festgelegt wird, ein Indikator, der seit vielen Jahren im Rahmen der sozialen offenen Methode der Koordinierung der EU und von EUROSTAT verwendet wird.

MHE wandte sich in einem weiteren Schreiben an die EU-Entscheidungsträger und warb um Unterstützung für den Vorschlag des Europäischen Behindertenforums (EDF) zur Aufnahme des Europäischen Behindertenpaktes in EU2020. Diese Strategie soll sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt aufgenommen werden und Zugang zu umfassender und angepasster Bildung haben. Um diese Ziele zu erreichen, sollte die Strategie EU2020 in sämtlichen Politiken klare Querverweise auf Menschen mit Behinderung enthalten, darunter auch Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen. Das wird auch den nationalen Regierungen helfen, die Ziele der EU-Strategie 2020 für integratives Wachstum besser in nationale Ziele und Entwicklungskurven zu übertragen.

Für weitere Informationen über die Arbeit von MHE an der EU-Strategie 2020 wenden Sie sich bitte an Astrid Mechel, sozialpolitische Referentin von MHE, astrid.mechel@mhe-sme.org, oder an Roselyne Bourgon, MHE-Referentin für Menschenrechte, roselyne.bourgon@mhe-sme.org

Stellungnahme von MHE zu psychischer Gesundheit und Wohlbefinden von Senioren

Vor kurzem veröffentlichte MHE eine Stellungnahme zum Thema "Psychische Gesundheit und Wohlbefinden von Senioren". Das im Hinblick auf die hochrangige Fachkonferenz (siehe Artikel in diesem Newsletter) verfasste gleichnamige Dokument unterstreicht die Bedeutung von Förderung und Schutz der psychischen Gesundheit im fortgeschrittenen Alter und enthält maßgebliche Empfehlungen für Fachkräfte und politische Entscheidungsträger.

Sich beim Älterwerden einer guten körperlichen und psychischen Gesundheit zu erfreuen, ist ein Recht aller Europäer. Den Altersproblemen ins Auge zu sehen und Schaden vorzubeugen, ist für die Verbesserung der Lebensqualität aller grundlegend. Mehr Anstrengungen müssen unternommen werden, damit mehr Menschen in guter psychischer Verfassung und mit Wohlbefinden älter werden können, möglichen psychischen Gesundheitsproblemen vorgebeugt wird und Bestimmungen erlassen werden, die psychisch erkrankten Menschen einen Zugang zu hochwertiger Behandlung und Pflege gewährleisten. Eine gute psychische Gesundheit und Wohlbefinden zu bewahren, ist eine Methode, die uns und den Menschen in unserem Umfeld ein langes und gesundes sowie ein freudiges und erfülltes Leben garantiert. In Einklang mit dem Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden fordert MHE Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität von Senioren:

a) auf der Ebene der EU-weiten und der nationalen Politik:

- die Prinzipien der aktiven Eingliederung so weit wie möglich umsetzen
- flexible Rentensysteme entwickeln
- Maßnahmen zur Förderung von psychischer Gesundheit und Wohlbefinden liefern

- Aktionen zur Unterstützung von Familien und Pflegepersonal ergreifen
- Erforschung von Problemen hinsichtlich psychischer Gesundheit und Wohlbefinden im fortgeschrittenen Alter verstärken
- EU-weite und nationale Sensibilisierungskampagnen zur psychischen Gesundheit im fortgeschrittenen Alter durchführen

b) auf der gemeinschaftlichen und der individuellen Ebene:

- Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in spezifischen Kompetenzbereichen
- Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Menschen anbieten
- Aktive Teilnahme von Senioren am gemeinschaftlichen Leben fördern, darunter auch körperliche Betätigung und Bildungsmöglichkeiten
- Senioren helfen, ein erfülltes Leben zu führen und eigene Entscheidungen zu treffen
- Kommunikationsfähigkeiten fördern, auch für Senioren mit Demenz
- Früherkennung und Behandlung von Demenz und anderen altersbezogenen Krankheiten durchführen

Den vollständigen Text der MHE-Stellungnahme finden Sie auf der Website: <http://www.mhe-sme.org/en/publications/mhe-position-papers.html>. Für weitere Auskünfte kontaktieren Sie bitte Mari Fresu, MHE-Referentin für Gesundheitspolitik, mari.fresu@mhe-sme.org

Lehrgänge für nationale Anlaufstellen von MHE abgeschlossen

Mental Health Europe hat die diesjährigen Lehrgänge für die nationalen Anlaufstellen* (NFPs) abgeschlossen. Zwischen Februar und Juni 2010 fanden insgesamt fünf dieser Lehrgänge in Ljubljana, Bukarest, Madrid, Stockholm und Tallinn statt. Diese Schulungen erfolgten in regionalen Gruppen mit Vertretern von 5-7 nationalen Anlaufstellen. Die Teilnehmer erhielten einen Überblick über die neusten Entwicklungen in den EU-Institutionen und Politiken, wie etwa Auswirkungen des neuen Lissabonner Vertrages, die EU-Strategie 2020 sowie Veränderungen in der EU-Kommission und im Parlament. Die Arbeitsrunden zu den jüngsten politischen Entwicklungen in den Bereichen soziale Eingliederung, öffentliche Gesundheit und Menschenrechte nahmen die Form von Workshops an, in denen alle Teilnehmer ihre eigene Erfahrung einbrachten. Zudem nahm an jeder Schulungsrunde ein Kommunikationsexperte teil, um Know-how über effektive Lobbystrategien für die Zielgruppe der politischen Entscheidungsträger zu vermitteln. Zusätzlich gab es Besuche im "Psychiatrischen Krankenhaus Titan Dr. Constantin Gorgos" in Bukarest, in der "Fundación Manantial – Öffentliches Netzwerk für soziale Unterstützung von psychisch schwer Erkrankten" in Madrid, im "Fountain House" in Stockholm und im "Psychischen Gesundheitszentrum von Tallinn".

Ab Anfang Juli ist das NFP-Lehrmaterial auf der Website von MHE verfügbar: <http://www.mhe-sme.org/en/publications/reports-from-mhe-seminars-and-other-mhe-events.html>

Für mehr Informationen zu den nationalen Anlaufstellen und den Schulungen kontaktieren Sie bitte Astrid Mechel, sozialpolitische Referentin von MHE, astrid.mechel@mhe-sme.org

* NFPs sind Verbindungsstellen zwischen MHE und seinen Mitgliedsorganisationen sowie anderen Akteuren in den einzelnen Ländern in Fällen, in denen einerseits a) Informationen von der europäischen Ebene auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene verbreitet werden müssen, und andererseits b) MHE Beiträge von seinen auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene aktiven Mitgliedern benötigt, um auf europäischer Ebene in bestimmten Konsultationsfragen Bericht erstatten zu können.

MHE-Umfrage zu Isolierung und Anwendung von Zwang

Im Rahmen seines Ausschusses für psychische Gesundheit und Menschenrechte hat MHE eine Umfrage zur Situation von Isolierung und Anwendung von Zwang in den EU-Ländern vorbereitet. Seit März sind bei MHE mehrere Beiträge von den Mitgliedern eingegangen.

MHE möchte sich für alle Rückmeldungen bedanken, insbesondere bei denjenigen, die ihre nationalen und regionalen Behörden zu einem Beitrag aufgefordert haben. Zudem nutzt MHE diese Gelegenheit, um seine Mitglieder zu ermutigen, unabhängige Instanzen wie den nationalen Bürgerbeauftragten zu kontaktieren.

MHE freut sich u.a. über die Reaktion eines Schweizer Krankenhauses und des nationalen Bürgerbeauftragten Zyperns, der einen sehr umfassenden Beitrag einsandte.

Für weitere Informationen zur Umfrage bezüglich Isolierung und Anwendung von Zwang kontaktieren Sie bitte Roselyne Bourgon, Koordinatorin des MHE-Ausschusses für psychische Gesundheit und Menschenrechte, Roselyne.bourgon@mhe-sme.org

NEUIGKEITEN VON MHE-MITGLIEDSORGANISATIONEN

„Die vereinsamte Gesellschaft“: Neuer Bericht der *Mental Health Foundation* – Vereinigtes Königreich

Aus einem neuen Bericht der britischen *Mental Health Foundation* geht hervor, dass vitale Beziehungen für Gesundheit und Wohlbefinden durch das moderne Leben bedroht werden, was Menschen voneinander abkapseln und zur Vereinsamung führen kann. Im Rahmen ihrer Tätigkeit schärft diese wohltätige Einrichtung das Bewusstsein für die Gefahr der Vereinsamung und für Maßnahmen, die Menschen und politische Entscheidungsträger ergreifen können, um Abkapselung zu bekämpfen. In dem Bericht wird betont, dass sich jeder der potenziellen Gesundheitsprobleme in Verbindung mit Vereinsamung bewusst sein muss.

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.mentalhealth.org.uk/campaigns/loneliness-and-mental-health/>

Neues Selbsthilfzentrum in Casa Della Cultura - Italien

Mit der Unterstützung der Region Toskana weihten AISMe und das toskanische Netzwerk der Empfänger von Gesundheitsdienstleistungen am 13. Mai ein neues Selbsthilfzentrum ein. Das Ziel dieser Initiative ist die Stärkung der Rolle der psychiatrischen Selbsthilfe und die Bewusstseinsbildung rund um das Thema psychische Gesundheit und Solidarität. Als einziges toskanisches Zentrum dieser Art bietet man hier die Möglichkeit an, nützliche Informationen zu diesen Themen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu verbreiten.

Für weitere Informationen senden Sie bitte eine E-Mail an aisme.sh@gmail.com

Leitfaden von MIND zu "Polizei und psychische Gesundheit" – Vereinigtes Königreich

MIND, eine führende Wohltätigkeitsorganisation im Bereich psychische Gesundheit für England und Wales, veröffentlichte einen Leitfaden zum Thema "Polizei und psychische Gesundheit – Wie man es lokal richtig hinbekommt". In dem Dokument werden Beispiele von bewährten Praktiken mit Modellcharakter angeführt und gemeinsame Arbeiten von Polizei und Drittorganisationen, insbesondere MIND-Mitgliedern, geschildert.

Um den Leitfaden zu lesen, folgen Sie bitte diesem Link

http://www.mind.org.uk/assets/0000/8587/Police_Guide.pdf

Weltfrauenmarsch – Frankreich

Am 12. und 13. Juni nahmen die Vertreter der Sektion "Club des Femmes" (Frauenklub) von Advocacy France am Weltfrauenmarsch in Montreuil (Frankreich) teil. Die TeilnehmerInnen lenkten die Aufmerksamkeit auf das Thema Gewalt gegen Frauen und auf die Folgen des Gesetzesentwurfs zur unfreiwilligen Krankenhauseinweisung.

Um mehr über diese Initiative zu erfahren, kontaktieren Sie bitte Martine Dutoit, siege@advocacy.fr

II. EU-INSTITUTIONEN UND ANDERE GREMIEN

EU-Strategie 2020 vom europäischen Rat verabschiedet

Am 17. Juni verabschiedete der europäische Rat die EU-Strategie 2020, die sozioökonomische Strategie der Europäischen Union für die nächsten zehn Jahre. Die Strategie umfasst eine breite Palette politischer Bereiche, einschließlich derjenigen mit gesetzgeberischen Befugnissen für die EU, wie Beschäftigung, und jenen, für die ihre Rolle auf die Koordination zwischen den Einzelregierungen und das Festlegen gemeinsamer Ziele beschränkt ist, wie soziale Eingliederung und Bildung. Die EU-Strategie 2020 tritt an die Stelle der Lissabonner Strategie (2000 verabschiedet), die es nicht schaffte, aus der EU "bis 2010 die dynamischste, wissensbasierte Wirtschaftsregion der Welt" zu machen.

Auf dem Ratsgipfel im Juni beschlossen die Staats- und Regierungschefs das Ziel, bis 2020 "mindestens 20 Millionen Menschen aus der Gefahr von Armut und Ausgrenzung zu führen". Jeder Mitgliedstaat kann aus drei Indikatoren wählen, um das Ausmaß der Armut im Land zu messen, und die Indikatoren "weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens", "materielle Unterversorgung" oder "arbeitslose Haushalte" nutzen.

Darüber hinaus fasste der Rat den Beschluss, die Beschäftigungsquote von Frauen und Männern der Alterskategorie 20-64 bis auf 75 % anzuheben, darunter auch junge Menschen, ältere Beschäftigte und geringfügig qualifizierte Arbeitnehmer. Die Entscheidungsträger einigten sich auch auf eine Reduzierung der Zahl der vorzeitigen Schulabbrecher auf weniger als 10 % (derzeit bei 15 %) und auf eine Steigerung des Anteils der Hochschulabschlüsse der Altersgruppe 30-34 Jahre auf mindestens 40 %.

Europäischer Pakt für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden jetzt in 22 Sprachen erhältlich

Es ist Mental Health Europe eine Freude, mitteilen zu können, dass der Europäische Pakt für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden endlich in 22 Sprachen erhältlich ist.

Der Pakt schöpft aus dem vielseitigen EU-Potenzial: informieren, bewährte Praktiken mit Modellcharakter fördern, Maßnahmen von Mitgliedstaaten und betroffenen Akteuren unterstützen, bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen helfen und gegen Diskrepanzen im Gesundheitswesen vorgehen. Er vereint europäische Institutionen, Mitgliedstaaten, betroffene Akteure relevanter Sektoren – darunter auch aus Gründen der psychischen Gesundheit von Ausgrenzung bedrohte Gruppen – und Forscher, um psychische Gesundheit sowie Wohlbefinden zu unterstützen und zu fördern.

Der im Juni 2008 aus der Taufe gehobene Pakt lag zunächst nur in drei Sprachen vor (Englisch, Französisch und Deutsch), was einer effektiven Umsetzung auf nationaler und lokaler Ebene eindeutig im Wege stand.

Um das Dokument herunter zu laden, folgen Sie bitte diesem Link http://ec.europa.eu/health/mental_health/policy/index_en.htm

III. EUROPÄISCHES JAHR ZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG

Das Jahr 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Grundlegende Ziele sind die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Themen und eine Erneuerung des politischen Engagements der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Das EJ 2010 will mit Klischees und kollektiven Armutswahrnehmungen aufräumen, damit alle Mitbürger eine vollwertige und aktive Rolle in der Gesellschaft spielen können.

MHE hat eine neue Rubrik eingerichtet, um den Zusammenhang zwischen psychischer Gesundheit und Armut stärker in das Bewusstsein zu rücken. In der Forschung werden klare Zusammenhänge zwischen psychischer Gesundheit und Armut aufgezeigt. In Armut lebende Menschen sind besonders anfällig für psychische Gesundheitsprobleme, da ihre sozialen Kontakte wegen ihrer angespannten Finanzlage oder Arbeitslosigkeit oftmals leiden, und Ungewissheit im Hinblick auf die Zukunft ihren Lebensalltag prägt.

Besuchen Sie die Website des EJ 2010 www.2010againstopoverty.eu

Neue Eurobarometer-Umfrage zur sozialen Auswirkung der Wirtschaftskrise

Im Zuge der Wirtschaftskrise hat die Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit beschlossen, die öffentliche Meinung regelmäßig nach den sozialen Auswirkungen zu befragen. Der letzte Bericht datiert vom Mai 2010. Frühere Erhebungen fanden im Juli 2009, im Dezember 2009 und im März 2010 statt.

Im Rahmen der letzten Umfrage gab jeder sechste Europäer mindestens einmal im letzten Jahr Schwierigkeiten bei der Zahlung gewöhnlicher Rechnungen, beim Kauf von Lebensmitteln und anderen täglichen Konsumgütern an, und 20 % der Befragten hatten zum Zeitpunkt der Praxiserhebung (Mai 2010) Probleme mit der Tilgung von Kreditraten. Von den Befragten waren 3 % mit dem Begleichen von Rechnungen und Krediten in Verzug, und 2 % steckten in echten finanziellen Schwierigkeiten.

Mit Blick auf den Zeitraum der letzten sechs Monate räumten drei von zehn Europäern mehr Schwierigkeiten ein, um für die Kosten für Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung oder Langzeitpflege aufzukommen: 11 % hatten den Eindruck, dass es "viel schwieriger" geworden war, und 18 % fanden, dass es "etwas schwieriger" geworden war.

Im März 2010 gaben 18 % der Befragten an, sie seien nicht zuversichtlich, ihren derzeitigen Arbeitsplatz in den nächsten 12 Monaten zu behalten, und 49 % meinten, es sei ziemlich unwahrscheinlich bzw. überhaupt nicht wahrscheinlich, innerhalb von sechs Monaten eine neue Stelle zu finden, falls sie entlassen werden sollten.

Die vollständige Umfrage finden Sie auf der Website:
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_289_en.pdf

Wollen Sie Informationen mitteilen, etwas ankündigen oder einen Beitrag für den MHE-Newsletter liefern?

Bitte senden Sie Ihre Beiträge an info@mhe-sme.org